

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Impulse für ein geeintes Europa aufnehmen – Die Zukunft der Europäischen Union mitgestalten**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 hat den Grundstein für die heutige Europäische Union (EU) und damit für Frieden und Solidarität zwischen ihren Mitgliedstaaten gelegt.
2. Die Werte der EU, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte müssen entschieden verteidigt und für die Zukunft erhalten werden.
3. Die pro-europäischen Impulse aus der sächsischen Zivilgesellschaft für den Zusammenhalt und die Weiterentwicklung der EU, die auf den Werten der Union beruhen, werden begrüßt.
4. Mit der Veröffentlichung ihres Weißbuches zur Zukunft der EU im März 2017 hat die Europäische Kommission einen Anstoß zur Debatte in den Mitgliedstaaten über die künftigen Zuständigkeiten und Funktionsweise der Union gegeben.
5. Die Debatte über die Zukunft der EU soll in den Mitgliedstaaten, ihren Regionen und Kommunen und damit auch in der Zivilgesellschaft und dem Sächsischen Landtag auf Basis der Werte der Union geführt werden.
6. Das geschlossene Vorgehen aller Mitgliedstaaten bildet auch in Zukunft das starke Fundament für den Zusammenhalt der EU.

Dresden, den 3. Mai 2017

b.w.

i.V.



Volkmar Zschocke, MdL  
und Fraktion

7. Die Nachbarschaft zwischen Sachsen, der Tschechischen Republik und der Republik Polen innerhalb der EU soll auch künftig auf dem geschlossenen Vorangehen aller Mitgliedstaaten, mit dem einer Spaltung in ein Kerneuropa und eine Peripherie entgegengewirkt wird, aufbauen.
8. Der Diskussion künftiger Zuständigkeiten und der Funktionsweise der Union soll die Stärkung des Europäischen Parlaments als einzigem direkt gewähltem EU-Organ und zentralem Ort aller europäischen Entscheidungen zur Grundlage gemacht werden.

## II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag eine Stellungnahme zum Weißbuch der Europäischen Kommission über die Zukunft der EU vorzulegen und darin insbesondere darzulegen,
  - a) wie sie die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen an der Zukunftsdebatte über die EU beteiligt,
  - b) welche notwendigen Schritte zur demokratischen Reform der Union sie sieht,
  - c) wie künftig die Zuständigkeiten der Union aufgebaut sein sollen,
  - d) wie die Mitwirkungsmöglichkeiten des Sächsischen Landtags im Rahmen des parlamentarischen Mehrebenensystems der Union gestärkt werden können,
  - e) welche Möglichkeiten Sachsen hat, die Unionsbürgerschaft vor Ort zu stärken,
  - f) wie sie sich zu den Vorschlägen der Kommission in den im Laufe des Jahres veröffentlichten weiteren Diskussionspapieren positioniert.
2. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dem Europäischen Parlament in den EU-Verträgen ein Initiativrecht in der europäischen Gesetzgebung und im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion ein gleichberechtigtes Mitentscheidungsrecht gegenüber dem Rat und der Eurogruppe einzuräumen,
3. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dem Europäischen Parlament in den EU-Verträgen das ausdrückliche Recht einzuräumen, Anhörungen zu im Subsidiaritätsverfahren gerügten Themen durchzuführen,
4. sich gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, die Beteiligungshürden für die Europäische Bürgerinitiative herabzusetzen, indem u. a. Jugendliche ab einem Alter von 16 Jahren Initiativen unterstützen dürfen, die Kommission innerhalb eines Jahres nach Einreichen einer erfolgreichen Initiative zur Vorlage eines Gesetzentwurfes angehalten wird und der Datenschutz gestärkt wird,
5. die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen in die Diskussion über die Zukunft der EU einzubinden und insbesondere zur Debatte zu stellen, in welchen Bereichen

der EU unter der Maßgabe eines gleichwertigen Kompetenzgewinns des Europäischen Parlaments gegenüber mitgliedstaatlicher Parlamente Zuständigkeiten übertragen werden sollen,

6. sich gegenüber der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass zeitnah ein EU-Bürgerdialog der Kommission in Sachsen stattfindet.

### **Begründung:**

#### Zu I.

Seit Jahren setzen sich überparteiliche Initiativen für eine demokratische Weiterentwicklung der EU ein. Auch in Sachsen erfahren in den letzten Jahren pro-europäische Verbände und europäisch-föderalistische Jugendorganisationen mehr Zulauf. Zudem zeigen viele Bürgerinnen und Bürger seit März 2017 in mehreren Städten Sachsens Gesicht für ein einiges Europa, bekennen sich zum Erhalt der EU, ihren Werten und sprechen sich für eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union aus.

Mit der Veröffentlichung des Weißbuches zur Zukunft der EU am 1. März 2017 hat die Europäische Kommission eine Debatte über die Zukunft der Union anhand fünf möglicher Zukunftsszenarien angestoßen. Die Kommission hat in ihrem Weißbuch nicht einen bestimmten Weg, den die EU gehen soll, vorgegeben, sondern die Diskussion den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Parlamenten in den Mitgliedstaaten überlassen.

Die Uneinigkeit zwischen den mitgliedstaatlichen Regierungen auf bestimmten Politikfeldern hat die EU in den vergangenen Jahren ins Wanken gebracht. Das klare Bekenntnis zu den Gründungswerten der Europäischen Gemeinschaften und den Werten der EU, dem solidarischen und friedlichen Miteinander, ist daher nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch Anstoß für die Debatte über die Zukunftswerte der europäischen Einigung. Die aktuellen Herausforderungen sind Gelegenheit für einen ganzheitlichen Ansatz zur demokratischen Reform der EU.

Die Impulse aus der Zivilgesellschaft und der Anstoß zur Debatte durch die Kommission bieten die Möglichkeit zur demokratischen Reform der EU und zur Diskussion darüber, in welchen Bereichen die EU tätig werden soll. In einer repräsentativen Umfrage von infratest dimap unter der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland aus dem März 2017 sprachen sich 78 Prozent der Befragten für mehr gemeinsame Politik der EU-Mitgliedstaaten aus.

Europafeindlichen Kräften, die einen Ausstieg Deutschlands aus der EU fordern oder die EU abwickeln wollen, muss auch in Sachsen eine deutliche Absage erteilt werden. Die Antwort auf derartige Forderungen ist das klare Bekenntnis zur Union und ihren Werten.

Gleichzeitig darf nicht der Schluss gezogen werden, dass die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der EU oder die scheinbar effiziente Konzentration der EU

auf weniger Politikbereiche eine zukunftsweisende Antwort auf die auftretende Uneinigkeit zwischen den europäischen Regierungen sei. Die zusätzliche Verbreitung undifferenzierter und nicht konstruktiver Europakritik birgt in diesem Zusammenhang die Gefahr bloßer Selbstbestätigung auf Kosten der europäischen Einigung.

Wesentlicher Garant für die Kontinuität des europäischen Einigungsprozesses und die Stabilität der Union war und ist das Vorgehen aller Mitgliedstaaten im Zuge vergangener und künftiger europäischer Vertragsreformen. Insbesondere mit Blick auf die sächsischen Nachbarn in der Tschechischen Republik und in Polen birgt etwa eine vertragliche Ausweitung der verstärkten Zusammenarbeit die Gefahr, dass sich Zentrifugalkräfte innerhalb der Union zum Nachteil der Nachbarn des Freistaates entwickeln.

Hinsichtlich der sehr heterogenen regionalen Entwicklungsgrade in den Grenzregionen Sachsens, Polens und Tschechiens sowie innerhalb der drei Nachbarländer, kann eine Konzentration auf ausgewählte Politikbereiche durch die EU dazu führen, dass die Angleichung der Lebensstandards künftig keine Priorität mehr genießt und damit indirekt ökonomische und soziale Spaltungstendenzen innerhalb der EU verstärkt werden.

Unbeachtet der künftigen Zuständigkeiten und Funktionsweise der EU ist die Stärkung des Europäischen Parlaments im institutionellen Gefüge der EU eine zentrale Antwort auf die Uneinigkeit der mitgliedstaatlichen Regierungen. Das Europäische Parlament als einziges direkt gewähltes Organ muss zum Ort aller europäischen Entscheidungen werden.

## Zu II.

Mit dem Weißbuch zur Zukunft der EU ist auch Sachsen ausdrücklich aufgefordert, sich mit eigenen Ideen und Initiativen an der Debatte über die Verfasstheit und künftigen Zuständigkeiten der Union zu beteiligen.

Die Stärkung parlamentarischer Rechte ist auf Unionsebene, wie auf Landesebene, eine wesentliche Grundlage dafür, die europäische Einigung künftig bürgernäher zu gestalten und europafeindlichen und spalterischen Tendenzen europaweit effektiv entgegenzuwirken. Die EU ist heute bereits – und seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon so stark, wie nie – demokratisch legitimiert. Doch hat auch die europäische Demokratie, wie jede Demokratie, Schwächen. Die Stärkung der europäischen Demokratie ist unabhängig von der Frage künftiger Zuständigkeiten der Union ein dringliches Anliegen, das auch im Interesse der Menschen in Sachsen umgesetzt werden soll.

Die Europäische Bürgerinitiative ist für die Menschen in Sachsen eine Möglichkeit, an europäischen Entscheidungen mitzuwirken. Für Europäische Bürgerinitiativen sind die Hürden allerdings weiterhin zu hoch und sollten daher abgebaut werden. Die Ankündigung der Kommission, die Europäische Bürgerinitiative zu reformieren, sollte für entsprechende Initiativen zur Absenkung von Beteiligungshürden genutzt werden.

Die Diskussion über die Zukunft der EU muss mit den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen, auf Grundlage der Werte der Union, geführt werden. Bestehende Beteiligungsformate, wie etwa der EU-Bürgerdialog der Juncker-Kommission, sollten dafür aufgegriffen und nach Möglichkeit auch in Sachsen verwirklicht werden.